

Hohe Synode, liebe Schwestern und Brüder,

Dass der Friede der Ernstfall ist und nicht der Krieg beschäftigt unseren Kirchenkreis schon sehr lange. So hat z.B. der damalige Jugendpfarrer Hermann Poll mit Jugendlichen aus vielen Ländern ein Mahnmal in vielen Sprachen in Übach-Palenberg an der niederländischen Grenze 1959 errichtet, das uns alle mit den Worten von Maria von Ebner-Eschenbach auch heute noch mahnt: „Wisset, die euch den Hass lehren, erlösen Euch nicht.“

Überzeugend und konsequenter als viele andere Kirchengemeinden haben die Gemeinden des Kirchenkreises und der Kirchenkreis das auch praktisch umgesetzt.

In unserer praktischen Arbeit ist uns immer bewusst geworden, dass Friede ohne Gerechtigkeit nicht möglich ist. Unser Einstehen für die Schöpfung, was unseren Kirchenkreis auszeichnet, unser Engagement in Pskow d.h. in einem Land, das unser Feind war und es auch heute durchaus noch Strömungen gibt, es wieder dazu zu machen, unser Engagement in Marokko, wo es darum geht, dass jeder Mensch ein Geschöpf Gottes ist und dass auch die Flüchtlinge dort, ein Recht auf Teilhabe haben, was wir ihnen durch unseren Lebensstil entziehen, sprechen eine klare Sprache.

Dass unser Engagement Friedensarbeit ist, wird auch dadurch bekräftigt, dass auf unseren Vorschlag hin der katholische Priester Père Antoine Exelmans, der sich enorm für das von uns initiierte Zentrum „Vivre-L'Espoir-Hoffnung leben“ zur Aufnahme von Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlingen in Oujda einsetzt, dieses Jahr mit dem Aachener Friedenspreis am 10. Dezember 2020 ausgezeichnet wird.

Die Landessynode 2018 hat den Beschluss gefasst, dass wir eine Kirche des gerechten Friedens werden wollen und dazu alle Gemeinden und Kirchenkreise aufgefordert, mit zu denken und zu handeln

Ich denke, wir werden an unseren Schwerpunkten, die ich oben skizziert habe, auch weiter festhalten und wir haben uns ja auch in einer Kreissynode weiterführende Gedanken schon gemacht.

Wir haben uns jedoch auch gefragt, an welchen Punkt können wir der Aufforderung der Landessynode noch zusätzlich folgen. Wo müssen in unserer Kirche, um Kirche des gerechten Friedens zu werden Strukturen verändert werden. Wir haben die Militärseelsorge aufgegriffen.

Um uns in dem Sachthema kundiger zu machen, haben wir am 21.9.2019 mit Militärdekan Mielke, dem katholischen Professor Dr. Nauerth und dem ev. Prof.

Dr. Orth – die beiden letzten Mitbegründer des im Januar 2019 gegründeten Ökumenischen Instituts für Friedenstheologie- einen Fachtag in Erkelenz veranstaltet.

Das Ergebnis ist der Ihnen vorliegende Antrag.

Der Antrag hat zwei Ziele:

1. Den Soldaten und ihren Familien einen vielleicht noch besseren Zugang zu unserer Kirche, wobei uns die Seelsorge besonders wichtig ist, zu verschaffen
2. Eine klare Trennung zwischen Kirche und Militär zu schaffen, weil unsere Aufgabe als Kirche etwas völlig anderes ist als die Aufgabe des Militärs.
 - a) Theologisch geht es dabei um Arbeitsbedingungen, die die Freiheit der Verkündigung Jesu Christi und der entsprechenden Ordnung Barmen I, III und VI gewährleisten.
 - b) Umsetzung des konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung was natürlich bedeutet, sich in die Auseinandersetzung mit politischen und militärischen Konzepten zu begeben
 - c) sowohl Soldaten und Soldatinnen sowie Pfarrerinnen und Pfarrer werden in die

landeskirchlichen Strukturen der Gemeinden oder in die Funktionspfarrämter der Landeskirche integriert.

Analog der Polizeiseelsorge sollten landeskirchliche Funktionspfarrämter geschaffen werden.

- Das hat zur Folge, dass sie ausschließlich sowohl theologisch wie auch dienstrechtlich ihrer Landeskirche verpflichtet sind.
- Die Bezahlung soll dann die gleiche werden wie bei allen Pfarrerinnen und Pfarrern bzw. wie bei allen anderen Mitarbeitern in der Kirche.
- Sie sind eingebunden in die presbyterial-synodale Ordnung
- Sie tragen keine Uniform und haben auch keine zusätzlichen Privilegien (z.B. Dienstwagen)

In der augenblicklichen Struktur gibt es folgende Probleme, die heutzutage viel umfangreicher und stärker sind, weil die Verteidigungsarmee inzwischen zu einer Eingriffs- wenn nicht Angriffsarmee entwickelt wurde. Das bedeutet, dass eine Kirche zu den beispielhaft aufgeführten Themen ein durchaus andere Meinung als Politik und Militär haben kann wie z.B.:

- Völkerrechtswidrige Einsätze wie z.B. Kosovo-Krieg
- Mitwirkung beim Einsatz von Atomwaffen
- Rüstungsexporte

- Sicherung der Rohstoff- und Exportmärkte

Darüber hinaus gibt es auch noch strukturelle Bedenken:

- Die Militärgeistlichen unterstehen als Beamte auf Zeit oder Lebenszeit dem Bundesverteidigungsminister.
- Das Ev. Kirchenamt in Berlin ist eine Behörde des Bundesverteidigungsministeriums, geleitet von einem Militärdekan
- Die Bundesregierung kann der Ernennung eines Militärbischofs widersprechen
- Die Ordnung ist nicht presbyterial-synodal- es gibt keine Presbyterien
- Die Finanzierung ist überdimensioniert
- Der personelle und bürokratische Apparat ist aufgebläht.

Ein weiteres Problem ist der „Lebenskundliche Unterricht“

Für das Curriculum ist ausschließlich das Verteidigungsministerium zuständig- es ist kein Religionsunterricht und ist auch nicht Teil des Militärseelsorgevertrages. Zeitlich nimmt dieser Dienst 50% der Arbeitszeit der Militärgeistlichen ein.

Für Fragen stehe ich gerne zur Verfügung und ich bitte Sie, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Lassen Sie mich mit Jesaja 32, Vers 17 schließen: „Das Werk der Gerechtigkeit wird Friede sein“

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.